

BBE Policy-Paper
zur Bundes-Engagementstrategie

Schwerpunkt

Freiwilligendienste

Zentrale Impulse für die Bundes-Engagementstrategie (BES)

- Es gilt mit der BES die Freiwilligendienste (FWD) als besondere Form des Engagements nachhaltig zu stärken.
- Ziel der BES muss es sein, die FWD für alle Menschen gleichermaßen zugänglich und attraktiv zu machen.
- Die geplanten, gravierenden finanziellen Etat-Kürzungen im Haushaltsplan der Bundesregierung ab 2024 bedrohen die seit 60 Jahren bestehenden Strukturen der FWD existentiell und konterkarieren die BES.

Einleitung

Freiwilligendienste (FWD) spielen eine bedeutsame Rolle in der hiesigen Engagementlandschaft und für die Gesellschaft. Sie bieten einen niedrighschweligen Einstieg ins Engagement und ermöglichen es den Engagierten, sich zu orientieren und weiterzuentwickeln. FWD ermöglichen es zugleich, begleitet Lern- und Bildungserfahrungen zu machen. Die Engagierten können bestehende Kompetenzen vertiefen und neue erwerben, die ihnen auch in ihrem Berufsleben von Vorteil sein können. Die Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten reicht dabei von Tätigkeiten im Bereich Kultur, Bildung, Sport, Politik und Soziales bis hin zu Umwelt, humanitärer Hilfe, Bevölkerungsschutz oder Friedensarbeit und vielem mehr, sowohl in Deutschland als auch im Ausland.

In dieser Zeit des gesellschaftlichen Wandels und der globalen Herausforderungen sind FWD damit von entscheidender Bedeutung sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft. Sie fördern das Gemeinschaftsgefühl, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, schaffen positive Veränderungen und sind ein Puzzleteil für eine gerechtere und nachhaltigere Welt über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Sie tragen damit auch dem Wunsch der Engagierten Rechnung, Gesellschaft mitzutragen und mitzugestalten. FWD fördern die Gestaltungskompetenz der Freiwilligen im Sinne der Bildung für Nachhaltige Entwicklung und eröffnen demokratische Übungsräume. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung und stärken die globale Zivilgesellschaft.

Angesichts dieser relevanten Wirkungskraft der FWD für das Engagement im Speziellen und für die Gesellschaft im Allgemeinen muss die Bundes-Engagementstrategie (BES) dieser besonderen Form des bürgerschaftlichen Engagements verstärkt Aufmerksamkeit schenken. Insbesondere mit Blick auf die geplanten, gravierenden finanziellen Etat-Kürzungen im Haushaltsplan der Bundesregierung ab 2024, die die seit 60 Jahren bestehenden Strukturen der FWD existentiell bedrohen und eine BES konterkarieren. Es gilt FWD nachhaltig zu stärken und als Querschnittsthema aller Ressorts der Bundesregierung

„Freiwilligendienste stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine globale Zivilgesellschaft. Sie fördern die Gestaltungskompetenz der Freiwilligen und tragen maßgeblich zur Demokratiebildung bei.“

zu etablieren, da auch Fragen des Arbeits- und Sozialrechts die FWD betreffen. Die BES bietet die Chance, FWD als eine spezifische Form des Engagements nachhaltig zu stärken. Diese Chance muss von der Bundesregierung ergriffen werden. Das vorliegende Policy-Paper der BBE-AG FWD soll hierzu Anregungen liefern.

Freiwilligendienste stärken

Um die FWD und ihre Träger nachhaltig, resilient und zukunftssicher aufzustellen, bedarf es guter Rahmenbedingungen. Hierzu gehört allen voran, die Freiwilligkeit der FWD beizubehalten. Die Diskussionen rund um ein Gesellschaftsjahr zeugen von geringer Anerkennung und Wertschätzung der Engagierten und widersprechen dem Eigensinn des Engagements. Anstelle eines Pflichtdienstes sollte jedem Menschen in Deutschland die Möglichkeit zustehen, sich unabhängig vom sozioökonomischen Status mindestens einmal im Leben im Rahmen eines FWDs im In- oder Ausland zu engagieren. Dazu sollte für jeden geschlossenen Vertrag in den FWD ein Rechtsanspruch auf Förderung bestehen.

FWD als eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements sind noch zu wenig bekannt. In der Folge wird nicht die ganze Breite der Gesellschaft erreicht. Barrierefreie und zielgruppengerechte Maßnahmen zur Steigerung der Bekanntheit von FWD würden diesem Sachverhalt entgegenwirken und eine stärkere Öffnung, passgenaue Vermittlung der Freiwilligenplätze und damit auch eine größere Vielfalt in der Zivilgesellschaft insgesamt stärken. Hierfür muss der Bund einerseits seiner Informationspflicht nachkommen und über diverse Informationskanäle der schulischen Bildung, der Arbeitsagenturen oder der Rentenversicherung über Möglichkeiten, einen FWD zu absolvieren, umfassend informieren. Andererseits sollte der Bund – etwa durch die Refinanzierung von Öffentlichkeitsarbeit - allen Trägern der FWD die Durchführung entsprechender Maßnahmen ermöglichen.

Diversität in den Freiwilligendiensten befördern

Für eine größere Diversität ist derweil eine größere Bekanntheit nicht ausreichend. Mit Blick auf Diversität in den FWD und deren Öffnung für alle Menschen – unabhängig von Alter, sozio-ökonomischer und ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion oder einer Behinderung/chronischen Erkrankung – ist der Abbau struktureller Hürden und die Verbesserung der Rahmenbedingung notwendig. Eine Anpassung des Bundesteilhabegesetzes, sodass auch Freiwilligendienstleistende zum förderberechtigten Personenkreis zählen, wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Empfehlungen

- Rechtsanspruch statt Pflichtdienst.
- Freiwilligendienste bekannter machen.

Empfehlung

- Freiwilligendienste adäquat finanzieren, mehr Diversität ermöglichen.

Erfreulicherweise hat die Diversität unter den Teilnehmenden, trotz herausfordernder Rahmenbedingungen, in den vergangenen Jahren durch Bemühungen der Träger stetig zugenommen. Damit der FWD angesichts der größeren Heterogenität der Freiwilligen ein persönlicher Gewinn für alle Freiwilligen sein kann, braucht es derweil eine adäquate Refinanzierung der pädagogischen Begleitung der Freiwilligen. Dies ist umso wichtiger, da sich immer mehr Menschen – auch mit Blick auf die multiplen Krisen – in psychisch schwierigen Lebenslagen befinden. Insgesamt wäre eine adäquatere Refinanzierung der pädagogischen Tätigkeiten eine Anerkennung und Stärkung der FWD als Bildungs- und Orientierungsjahr.

Die Freiwilligen erhalten für ihr Engagement kein Gehalt, sondern eine Aufwandsentschädigung, die als Taschengeld bezeichnet wird. Die Höhe des Taschengeldes ist für die Lebenshaltungskosten nicht ausreichend und stellt somit für viele Menschen eine große Barriere dar. Ein Zustand, der durch die Inflation noch einmal an Brisanz gewonnen hat. Viele Menschen, unabhängig davon, ob sie aus der Mitte der Gesellschaft entstammen oder einer marginalisierten Gruppe angehören, können es sich nicht leisten, einen FWD zu absolvieren. Im Rahmen der BES muss darauf hingewirkt werden, dass ein Konzept für eine nicht zurückzahlende bedarfsorientierte Unterstützung zum Lebensunterhalt von Freiwilligen etabliert wird, ähnlich dem BAFÖG für Fachschüler*innen. Ebenso muss darauf hingewirkt werden, dass Empfänger*innen von Bürgergeld, die einen FWD absolvieren, unabhängig vom Alter das Taschengeld in voller Höhe behalten können, ohne dass ihnen dieses auf den Auszahlungsbetrag des Bürgergeldes angerechnet wird.

Vorhandene Ressourcen besser nutzen

Durch einen Abbau bürokratischer Hürden könnten die Träger der FWD freiwerdende Ressourcen für die Vermittlung und Umsetzung der Dienste in Anspruch nehmen. Ebenso hat sich eine Federführung der Träger gemäß Subsidiaritätsprinzip in vielen Programmen bewährt. Mögliche Stellschrauben für den Bürokratieabbau wären etwa eine Vereinfachung der Visavergabe mit Blick auf die Incoming-FWD sowie die Ermöglichung der eigenständigen Durchführung von Seminaren zur politischen Bildung im BFD durch anerkannte Träger. Ebenso wäre eine klarere Regelung hinsichtlich der Umsatzsteuerpflicht wichtig. Trotz vieler Anläufe ist aktuell die steuerrechtlich verbindliche Befreiung der FWD von der Umsatzsteuer nicht für alle Einsatzbereiche und Tätigkeitsfelder befriedigend geregelt. Von ihrem Wesen her sind mindestens die Jugendfreiwilligendienste in den Kanon der Kinder- und Jugendhilfe einzusortieren. Die BES muss folglich darauf hinwirken, dass über unterschiedliche Stellschrauben Bürokratie abgebaut und das Subsidiaritätsprinzip gestärkt wird.

Empfehlung

→ Bürokratie abbauen.

Es gilt im Zuge der BES den politischen Dialog zu intensivieren, um zeitnah konkrete Ergebnisse für eine nachhaltige Stärkung der FWD und deren Rahmenbedingungen zu erwirken. Ziel muss sein, die FWD für alle Menschen gleichermaßen zugänglich und attraktiv zu machen.

BBE-Policy-Paper zur Bundes-Engagementstrategie

Die BBE-Policy-Paper sind Teil des Beteiligungsprozesses des BBE zur Bundes-Engagementstrategie, die durch die Bundesregierung im Jahr 2024 verabschiedet werden soll. Das BBE bündelt im Rahmen des Prozesses die Expertise seiner Mitglieder. Die Beiträge wurden durch die BBE-AGs und weiteren Gruppen von Mitgliedern des Netzwerks erarbeitet.

Weitere Informationen zum Beteiligungsprozess des BBE an der Bundes-Engagementstrategie sind zu finden unter:

<https://www.b-b-e.de/projekte/bundes-engagementstrategie/>

oder per QR-Code



Weitere BBE-Policy-Paper zur Bundes-Engagementstrategie sind zu finden unter:

<https://www.b-b-e.de/projekte/beitraege-des-bbe-zur-bundes-engagementstrategie/>

oder per QR-Code



Redaktion:

BBE-AG Freiwilligendienste

Vertreten durch den AG-Sprecher
Malte Hilker

Weitere Informationen zur BBE-AG Freiwilligendienste
unter <https://www.b-b-e.de/freiwilligendienste/>
oder per QR-Code



Impressum:

**BBE-Geschäftsstelle
gemeinnützige GmbH**
Michaelkirchstraße 17/18
D-10179 Berlin
Tel.: +49 30 629 80 137
Fax: +49 30 629 80 151
E-Mail: info@b-b-e.de
Web: www.b-b-e.de

V.i.s.d.P.: Dr. Lilian Schwalb

Kontakt: Dr. Behzad Förstl,
behzad.foerstl@b-b-e.de